

Antragsbuch



**Außerordentlicher Bezirkskongress
der Jungen Liberalen Niederrhein
25. April 2026**

Mutterschutz für Selbstständige modernisieren

Antragsteller: Junge Liberale Krefeld, Junge Liberale Viersen, Junge Liberale Wesel

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Niederrhein setzen sich auf Landes- und Bundesebene für eine
2 umfassende Reform des Mutterschutzes für Selbstständige ein. Ziel ist ein System,
3 das die unternehmerische Praxis respektiert und gleichzeitig die gesundheitliche
4 Sicherheit werdender Mütter gewährleistet. Gefordert wird ein frei gestaltbarer
5 Mutterschutz, der den Selbstständigen ermöglicht, den Schutzzeitraum flexibel zu
6 wählen und an ihre berufliche Situation anzupassen. Mutterschaftsleistungen sollen
7 auch für Selbstständige unabhängig vom Versicherungsstatus zugänglich sein,
8 ergänzt durch eine staatliche Grundsicherungskomponente. Zudem soll eine
9 Einkommensersatzleistung eingeführt werden, die sich am durchschnittlichen Gewinn
10 der vorangegangenen Monate orientiert und unbürokratisch beantragt werden kann.
11 Selbstständige sollen während der Schutzfrist in begrenztem Umfang weiterarbeiten
12 dürfen, ohne den Anspruch auf Leistungen zu verlieren. Klare gesetzliche Regeln
13 sollen Rechtssicherheit schaffen und Konflikte mit Krankenkassen und Behörden
14 vermeiden.

15 Begründung:

16 Der bestehende Mutterschutz orientiert sich ausschließlich an Angestellten und
17 ignoriert die Lebensrealität von Selbstständigen. Das führt zu finanziellen
18 Unsicherheiten, fehlender Planungssicherheit und erschwert insbesondere Frauen
19 den Weg in die Selbstständigkeit. Ein moderner, liberaler Mutterschutz stärkt
20 Selbstbestimmung, Chancengerechtigkeit und wirtschaftliche Freiheit.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Streichung des Beschlusses „Beischlaf zwischen Verwandten“ aus der Bundesbeschlussfassung der Jungen Liberalen

Antragsteller: Junge Liberale Krefeld, Junge Liberale Viersen

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Niederrhein fordern die Streichung des Beschlusses „Beischlaf
2 zwischen Verwandten“ der Jungen Liberalen.

3 Begründung:

4 Liberale Politik lebt von Rationalität, Verantwortung und der Bereitschaft, Positionen
5 zu überprüfen. Der Beschluss „Beischlaf zwischen Verwandten“ hat immer wieder zu
6 Missverständnissen geführt und lenkt vom eigentlichen Kern liberaler Politik ab. Eine
7 moderne und glaubwürdige liberale Ausrichtung braucht klare Prioritäten. Zwar ist die
8 Entkriminalisierung einvernehmlicher Sexualität zwischen Erwachsenen ein legitimes
9 bürgerrechtliches Anliegen, doch das Thema besitzt weder die nötige politische
10 Relevanz noch den kommunikativen Nutzen, um den damit verbundenen Aufwand und
11 die Belastungen zu rechtfertigen. Statt inhaltlicher Klarheit erzeugt der Beschluss
12 regelmäßig Irritationen, die unsere öffentliche Wahrnehmung schwächen. Als
13 Jugendverband sollten wir unsere Kraft auf Felder richten, in denen wir echten Einfluss
14 haben – wirtschaftliche Freiheit, Digitalisierung, Bildung, Generationengerechtigkeit
15 und moderne Gesellschaftspolitik. Dazu gehört auch, Beschlüsse zu streichen, die
16 unser Profil verzerren und unsere Arbeit behindern. Die Streichung schafft Klarheit,
17 entschärft Kommunikationsprobleme und stärkt unsere Glaubwürdigkeit als seriöser
18 politischer Akteur.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Für einen klaren Rechtsstaat in der Migrationspolitik – Einbürgerung braucht Ordnung und Rechtmäßigkeit

Antragssteller: Junge Liberale Krefeld, Junge Liberale Mönchengladbach

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Niederrhein sprechen sich gegen eine Einbürgerung von
2 Personen aus, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, solange
3 deren Aufenthaltsstatus nicht eindeutig geklärt und rechtmäßig festgestellt wurde.

4 Wir fordern daher:

- 5 1. Klare Trennung von Asyl und Einwanderung Einbürgerung darf
6 ausschließlich am Ende eines geordneten, rechtsstaatlichen Verfahrens
7 stehen. Illegale Einreise darf kein faktischer Einstieg in den Erwerb der
8 Staatsbürgerschaft sein.
- 9 2. Konsequente Durchsetzung des Aufenthaltsrechts Personen ohne
10 Aufenthaltsrecht müssen Deutschland wieder verlassen. Rückführungen
11 sind konsequent umzusetzen.
- 12 3. Einbürgerung nur bei vollständiger Integration und Rechtskonformität
13 Voraussetzung für eine Einbürgerung ist ein durchgehend rechtmäßiger
14 Aufenthalt. Straffälligkeit ist ein klarer Ausschlussgrund.
- 15 4. Keine Fehlanreize setzen Der deutsche Staat darf keine Signale senden,
16 dass illegale Einreise langfristig zur Staatsbürgerschaft führen kann.
17 Migration muss steuerbar und regelbasiert bleiben.

18

19 Begründung:

20 Ein funktionierender Rechtsstaat braucht klare Regeln und deren konsequente
21 Durchsetzung – auch in der Migrations- und Einbürgerungspolitik. Der Weg zur
22 Staatsbürgerschaft muss rechtmäßig und transparent erfolgen.

23 Illegale Einreise darf keinen indirekten Zugang zur Einbürgerung eröffnen, da dies
24 falsche Anreize setzt und legale Wege untergräbt. Eine klare Trennung zwischen Asyl
25 und gesteuerter Einwanderung ist daher notwendig: Asyl schützt Verfolgte,
26 Einwanderung folgt klaren Regeln.

27 Zugleich gilt: Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss Deutschland verlassen. Die
28 Durchsetzung bestehenden Rechts ist zentral für die Glaubwürdigkeit des Staates.
29 Einbürgerung steht am Ende gelungener Integration. Sie setzt einen rechtmäßigen
30 Aufenthalt, eigenständige Lebenssicherung, Sprachkenntnisse und ein Bekenntnis zur
31 freiheitlich-demokratischen Grundordnung voraus. Straffälligkeit schließt sie aus.
32 Unser Ziel ist eine Migrationspolitik, die Ordnung und Humanität verbindet – mit klaren
33 Regeln statt falscher Anreize.

Zentrale Landesabschiebesammelunterkünfte für ausreisepflichtige abgelehnte und straffällig gewordene Asylbewerber

Antragssteller: Junge Liberale Krefeld, Junge Liberale Mönchengladbach

Der Bezirkskongress möge beschließen:

- 1 Eine Unterbringung bis zur Ausreise in zentralen
- 2 Landesabschiebesammelunterkünften einzurichten aller
- 3 a. Straffällig gewordene Asylbewerber und Ausländer mit schwerem
- 4 Straftatbestand
- 5 b. Asylbewerber und Ausländer bei denen nach einer Strafbarkeit
- 6 Wiederholungsgefahr droht,
- 7 und verpflichtet sind die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, nicht
- 8 ausreisewillig sind, bei denen eine Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen
- 9 Gründen nicht durchgeführt werden kann.
- 10 Begründung
- 11 Ein Vergleich der Anzahl abgelehnter Asylanträge mit der Anzahl freiwilliger und
- 12 zwangsweiser Rückkehrer zeigt, dass ein erheblicher Teil der ausreisepflichtigen
- 13 Personen weiterhin im Gebiet der EU-Mitgliedstaaten und vor allem der
- 14 Bundesrepublik Deutschland verbleibt. Dies liegt an vielfältigen
- 15 Abschiebehindernissen, die eine Ausreise erschweren oder verhindern. Mit dem
- 16 Anstieg der Asylanträge wird die Diskrepanz zwischen der Ausreisepflicht und der
- 17 tatsächlichen Ausreise zunehmend zu einem politischen und gesellschaftlichen
- 18 Brennpunkt. Die Nichtdurchführung von Abschiebungen resultiert unter anderem
- 19 daraus, dass Staaten wie Somalia abgelehnte und ausreisepflichtige Ausländer, die
- 20 ihre Staatsangehörigen sind, nicht zurücknehmen. Dieser Sachverhalt stellt keinen
- 21 Ausnahmefall dar, sondern entspricht dem Regelfall. Wir wollen Ausreisepflichtige
- 22 Asylbewerber Deutschland so unangenehm wie möglich machen, ohne die Rechte
- 23 der Ausreisepflichtigen zu verletzen. Mit diesem Antrag wird auf das Subjektive und
- 24 objektive Sicherheitsempfinden der Bürger der Bundesrepublik reagiert.

Spritpreise gehören an den Markt – nicht ins Ministerium

Antragssteller: Junge Liberale Krefeld

1 Die Jungen Liberalen lehnen die von Katherina Reiche diskutierten Eingriffe in die
2 Preisbildung an Tankstellen entschieden ab. Vorschläge wie eine Begrenzung der
3 Häufigkeit von Preiserhöhungen – etwa auf einmal täglich – stellen einen rein
4 symbolpolitischen Eingriff in einen funktionierenden Markt dar. Wir stellen klar: Preise
5 sind kein politisches Steuerungsinstrument. Wir bekennen uns zur Steuerungsfunktion
6 freier Preise, da administrative Vorgaben zu Mangel und Ineffizienz führen. Soziale
7 Härten fangen wir nicht durch wirkungslose Symbolpolitik wie die Beschränkung von
8 Preisanpassungen auf einmal täglich auf, die den Wettbewerb lähmt und oft zu
9 vorsorglichen Preiskorrekturen nach oben führt. Stattdessen setzen wir auf die
10 zielgerichtete Entlastung der Bürger und den Abbau staatlicher Preisbestandteile wie
11 Steuern und Abgaben Die Jungen Liberalen fordern daher:

12 1. Keine staatlichen Eingriffe in die Preisbildung Keine Vorgaben zur Häufigkeit, zum
13 Zeitpunkt oder zur Höhe von Preisänderungen an Tankstellen.

14 2. Klare Absage an indirekte Preisregulierung Auch mittelbare Eingriffe in den
15 Kraftstoffmarkt lehnen wir ab, da sie Marktmechanismen verzerren und Fehlanreize
16 setzen.

17 3. Wettbewerb statt Regulierung stärken Die Sicherstellung funktionierenden
18 Wettbewerbs muss konsequent über das Kartellrecht erfolgen.

19 4. Entlastung der Verbraucher statt Symbolpolitik Unabhängig von kurzfristigen
20 Preisdynamiken sind die staatlichen Abgaben auf Kraftstoffe deutlich zu hoch. Wir
21 setzen uns daher für eine spürbare Reduktion der steuerlichen Belastung ein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag Bezirkskongress: Öffentliche Gebäude konsequent beflaggen!

Antragssteller: Junge Liberale Viersen, Junge Liberale Krefeld

1 Der Bezirkskongress stellt fest:

2 In Deutschland und anderen westlichen Staaten werden nationale Symbole wie die
3 Nationalflagge und die Nationalhymne immer mehr vom rechten Rand für sich
4 beansprucht und vereinnahmt. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wird
5 das Fremdeln mit unseren Nationalsymbolen immer größer und sie stoßen auf immer
6 größere Ablehnung.

7 Wir Junge Liberale Niederrhein erkennen die Gefahr, die von der Aufgabe der
8 Staatssymbolik durch die Mitte der Bevölkerung ausgeht.

9 Die Bundesflagge, die Landesflagge und die Europaflagge stehen jeweils für zentrale
10 Säulen unseres freiheitlichen Zusammenlebens:

11 a. Schwarz-Rot-Gold für die freiheitlich-demokratische und liberale Tradition der
12 Deutschen Revolution, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik

13 b. Grün-Weiß-Rot für unser Land NRW, das föderale Verantwortung trägt und
14 rheinische Tradition mit westfälischer Tradition verbindet

15 c. Blau mit goldenen Sternen für die europäische Idee von Frieden, Zusammenarbeit
16 und Freiheit

17 Eine dauerhafte Beflaggung öffentlicher Gebäude, insbesondere von Schulen, setzt
18 hier ein deutliches Zeichen: Unsere demokratischen Institutionen stehen
19 selbstbewusst zu ihren Symbolen. Schwarz-Rot-Gold ist kein nationalistisches
20 Zeichen, sondern ein Symbol der Freiheit, der Einheit in Vielfalt und der Ablehnung
21 von Unterdrückung und Extremismus.

22 Zugleich vermittelt die sichtbare Beflaggung Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere
23 jungen Menschen, ein Bewusstsein für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung und
24 unsere europäische Gemeinschaft. Sie stärkt die Identifikation mit unserem Staat,
25 unserem Land und der Europäischen Union und unterstreicht das Selbstverständnis
26 eines offenen, pluralistischen und liberalen Deutschlands.

27 Der Bezirkskongress möge beschließen:

28 Der Bezirkskongress beauftragt den Bezirksvorstand, auf kommenden
29 Landeskongress eine dauerhafte Beflaggung sämtlicher öffentlicher Gebäude in
30 NRW durchzusetzen. Weitere Ausgestaltungen und technisch-rechtliche Feinheiten
31 obliegen dem Bezirksvorstand.